

Michael Jungclaus

Rede zum Antrag der CDU-Fraktion „Eine flächendeckende, leistungsfähige und nachhaltige Breitbandversorgung in Brandenburg sicherstellen“, DS 5/2937, 32.Plenarsitzung, 23.03.2011

- Es gilt das gesprochene Wort !

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste!

Ihr Engagement für eine flächendeckende Breitbandversorgung in Brandenburg in allen Ehren, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, aber dass Sie hier nun auf eine zweite Debatte und damit mindestens vier Redebeiträge bestehen, ist schon etwas unverständlich. Unter effizienter Parlamentsarbeit stelle ich mir etwas anderes vor.

Nun haben wir ja bereits ausführlich gehört, welche gesellschaftliche und ökonomische Bedeutung die Breitbandversorgung, insbesondere für dünn besiedelte Regionen, hat.

Daher werde ich an dieser Stelle nur sehr kurz auf Ihren Antrag eingehen:

Selbstverständlich wäre es schön, wenn bis 2014 75 % der Brandenburger Haushalte mit Anschlüssen von 50 Megabit pro Sekunde ausgestattet wären. Ich halte dieses Ziel allerdings für genauso überambitioniert wie die Vorgabe der Kanzlerin, sämtliche Haushalte in Deutschland bis 2014 mit solchen Anschlüssen zu versorgen.

Bei diesem Vorhaben muss vielmehr stärker darauf geachtet werden, dass die ungleiche Versorgung und damit auch Entwicklung der unterschiedlichen Regionen angesichts des technischen Fortschritts nicht noch weiter verschärft wird.

Zunächst muss eine flächendeckende Grundversorgung von 2 bis 5 Megabit sicher gestellt werden. Für private Haushalte ist dieses Niveau völlig ausreichend. Und lieber den Spatz in der Hand als die Taube auf dem Dach. Und parallel dazu muss in Städten, Ballungsräumen und Gewerbezentren eine Breitbandversorgung von 50 Megabit zur Verfügung gestellt werden.

Völlig unstrittig ist, dass die Richtlinien auf Landesebene schnellst möglich an die Änderungen in der Förderpolitik der Bundesregierung angepasst werden.

Die Forderung nach eine Kompetenz- und Beratungszentrum auf Landesebene, kann ich zwar angesichts des kläglichen Versagens des Wirtschaftsministeriums gut nachvollziehen. Dennoch ist es die Aufgabe des Wirtschaftsministeriums, den Kommunen beratend zur Seite zu stehen. Die Schaffung einer neuen Behörde würde unnötige Ressourcen verschlingen. Und Inkompetenz wird nicht dadurch besser, dass Sie man sie redundant auslegt. Es liegt in der Verantwortung der Landesregierung dafür zu sorgen, dass die Fördermittel abgerufen werden!

Insgesamt ist die Stoßrichtung des CDU-Antrages richtig. Einige Punkte halten wir aber für diskussionswürdig und hätten uns daher eine Überweisung in den Wirtschaftsausschuss gewünscht. Da dies hier nicht zur Debatte steht, werden wir uns enthalten. Vielen Dank!